UNIVERSITY OF CALIFORNIA
JAN 12 1937

Vierte Morgen-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Verantwortung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Montag, 28. Dezember	Nr. 1719

Generaloberst von Seeckt †.

Berlin, 27. Dezember. Am Sonntag nachmittag starb nach kurzer Krankheit ganz unerwartet Generaloberst a. D. Hans von Seeckt.

Die Freiwilligenfrage in Spanien.

Berlin, 27. Dezember. Wie wir erfahren, haben die englische und die französische Regierung die beteiligten anderen Mächte auf die Bedeutung der Freiwilligenfrage in Spanien hingewiesen, die in dem Londoner Embargo-Ausschuß bereits seit einiger Zeit erörtert wird.

Bekanntlich hat die Reichsregierung ihrerseits schon vor mehreren Monaten diese Fragen als das wichtigste Problem der Einmischung in die spanischen Angelegenheiten bezeichnet.

Minister Rust beglückwünscht Professor Engel.

Berlin, 27. Dezember. Reichserziehungsminister Rust sandte an Professor Engel das folgende Glückwunschtelegramm:

„Dem Meister niederdeutscher Landschaft und Lebensbaltung, dem hervorragenden Mitglied der Preußischen Akademie der Künste, übermittle ich als deren Kurator zum 70. Geburtstag beste Glückwünsche.

Reichserziehungsminister Rust."

Graf Bethlen fordert Austritt aus dem Völkerbund.

Budapest, 26. Dezember. In der Weihnachtsnummer des Pesti Naplo erhebt Graf Stephan Bethlen, der frühere Ministerpräsident Ungarns, seine Stimme gegen die Fesseln des Trianon-Vertrages und fordert in erster Linie die Wiederaufrüstung Ungarns und Linderung des Schicksals der in den abgetrennten Gebieten lebenden ungarischen Minderheiten. Ungarn müsse sofort aus dem Völkerbund austreten, wenn seine Beschwerden kein Gehör fänden. Ungarn habe sich selbst und seinen Brüdern gegenüber die Ehrenpflicht, den Zustand der einseitigen Abrüstung aufzuheben und das eine Drittel seiner unter fremder Herrschaft lebenden Brüder zu retten. Dies sei eine Pflicht, die unter allen Umständen erfüllt werden müsse, eine Aufgabe, der sich die jetzige ungarische Generation nicht entziehen könne, ohne Unruhe auf die Ruhe Europas oder auf den Zustand der Niederwerfung, in dem Ungarn sich befinde.

Graf Bethlen schlägt zur Linderung der bedrängten Lage der ungarischen Minderheit in Rumänien den Versuch auch einer unmittelbaren Verhandlung mit den Führern des rumänischen Staates vor.

Die Skandalangelegenheit des Quai d'Orsay.

Paris, 26. Dezember. In der Skandal-Angelegenheit des Quai d'Orsay gibt es täglich neue Enthüllungen. Der Matin behauptet mit Bestimmtheit, der Untersuchungsrichter habe nicht nur einen Brief der französischen Botschaft in Moskau über Lieferung militärischer optischer Instrumente bei Rosenfeld und Frau Linder gefunden, sondern auch Berichte und vertrauliche Schriftstücke über die Ausschüsten einer Regelung der russischen Vorkriegsschulden.

Das Journal will wissen, daß Rosenfeld-Linder ihre Hand auch im Spiele gehabt hätten bei Verhandlungen über die Lieferungen von modernsten Scheinwerfern nach Spanien. Diese Scheinwerfer seien mit Flugabwehrgeschützen gekoppelt und stellten wahre Meisterstücke dar. Sie kosteten eine Million Franken das Stück.

Außerdem spreche man von der Lieferung von 4000 modernsten Gasmasken, die ein Filter besäßen, das zehn Stunden gegen die stärksten Giftgase standhalte. Ferner hätten die beiden Verhafteten über die Lieferung von elf Maschinen zur Herstellung dieser Filter mit der spanischen Regierung verhandelt.

Rosenfeld habe seit November 1935 eine rege Reisetätigkeit entfaltet. Mindestens zweimal wöchentlich sei er von Paris nach Basel, Wien, Turin, Mailand bezw. Straßburg gefahren.

In eingeweihten Pariser Kreisen glaubt man, daß die Angelegenheit noch manche Ueberraschungen an den Tag bringen wird. Es werden die Namen einflußreicher Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft genannt, die zu Rosenfeld in Beziehung gestanden haben sollen, so der Rundfunkleiter im Ministerpräsidium Pivert, der Sekretär im Ministerpräsidium Jules Moch, der Unterdirektor der Air France, Serre, Farragi, Direktor der Société des Etudes, und Krinsky, Attaché an der spanischen Botschaft in Paris.

Die Schlichtungsvorlage vor dem französischen Senat.

Paris, 26. Dezember. Der Senat hat am Sonnabend erneut über den Gesetzentwurf über das Schlichtungsverfahren in den Arbeitsstreitigkeiten beraten. Im Mittelpunkt stand vor allem der Artikel, der der Regierung auf sechs Monate Schlichtungsvollmachten erteilen soll.

Mehrere Senatoren wünschten, daß diese Frist auf drei Monate beschränkt werde. Auch wurde beanstandet, daß die Polizei bei Fabrikbesetzungen ihre Hand zur Verletzung des Gesetzes über das Privateigentum hergegeben habe. Polizeibeamte hätten an der Seite von Streikposten den Angestellten den Zugang zu den besetzten Fabriken verwehrt.

Senator Lemery kennzeichnete die Lage folgendermaßen: Die Gesetze über die Freiheit des Privateigentums seien zwar nicht abgeschafft, die Regierung berücksichtige sie aber nicht mehr, und ein Gesetz, zu dessen Durchführung man nicht mehr den erforderlichen Zwang ausübe, sei kein Gesetz mehr.

Ministerpräsident Blum führte zur Verteidigung der Vorlage an, daß die Arbeit in den Fabriken nicht niedergelegt worden wäre, wenn das Gesetz über das Schlichtungsverfahren schon vorher bestanden hätte.

Pariser Blätter zur Kolonialfrage.

Paris, 26. Dezember. Zu den deutschen Kolonialforderungen finden sich in der Pariser Presse zwei bemerkenswerte Aeußerungen.

Excelsior sagt, die Kolonialfrage werde weder von französischer noch von englischer Seite als ein unlösbares Problem betrachtet.

Victoire erklärt, wenn eine koloniale Neuregelung zu besseren Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich führen könnte, müsse der Versuch gemacht werden. Man habe in England den Wert der Kolonien für Deutschland betrittten, worauf die Deutschen einfach geantwortet hätten, wenn diese Kolonien keinen Wert mehr hätten, warum würden sie dann von den Engländern so festgehalten.

Das Blatt zählt die Vorteile auf, die Frankreich aus seinen Kolonien in Form von Rohstoffen und Kolonialerzeugnissen zieht. Außerdem sei es ein großer Gewinn, wenn Zehntausende von Beamten, Militärs und Technikern in den Kolonien Beschäftigung und oft einen besseren Platz als in der Heimat fänden. Man könne also wirklich die Vorteile von Kolonien nicht bestreiten, wenn man nicht das ganze Kolonialsystem seit Kolumbus' Zeiten in Frage stelle. Das begriffen auch viele Engländer. Daher habe sie die Schacht-Rede auch nicht überrascht.

Vor einem Streik der Pariser städtischen Arbeiter.

Paris, 27. Dezember. Die Nervosität in der französischen Arbeiterschaft hält unvermindert an. In vielen Fabriken ist der Arbeitsfriede noch immer nicht eingekehrt, und neue Streikfälle stehen bevor.

Nunmehr haben auch die 150 000 Arbeiter der Stadtverwaltung Paris beschlossen, am Dienstag eine Stunde lang zu streiken, allerdings so, daß weder die Verkehrsmittel noch die Versorgung mit Wasser, Licht und Gas darunter leiden und der Dienst in den städtischen Krankenhäusern nicht gestört wird.

Die Volksfrontregierung, die nach ihrer Machtergreifung den Arbeitern der Privatindustrien Lohnerhöhungen zubilligte, hat heute nach sieben Monaten bei den städtischen Abeitern noch nicht einmal die von der Regierung Laval erlassene Lohnkürzungs-Notverordnung rückgängig gemacht. Die Stadtverwaltung hat bisher jede Lohnforderung der städtischen Arbeiter abgelehnt. Nunmehr soll durch diesen eintägigen Streik eine „erste Warnung" erfolgen.

Auch in der Pariser Metallindustrie ist die Gefahr eines neuen allgemeinen Streiks immer noch nicht behoben. Am Montag wird in der Winterconvention eine Kundgebung angesetzt, in der die geforderten 15-prozentigen Lohnerhöhung stattfinden.

Stojadinowitsch in Rumänien.

Bukarest, 26. Dezember. Der jugoslawische Ministerpräsident und Außenminister Stojadinowitsch ist am Sonnabend in Temesbar eingetroffen, wo er von Ministerpräsident Tatarescu und Außenminister Antonescu empfangen wurde.

Stojadinowitsch wird vom jugoslawischen Gesandten in Bukarest und vom Generalvertreter des jugoslawischen Außenministeriums Pandurowitsch begleitet. Stojadinowitsch Tatarescu und Antonescu setzten noch am Vormittag ihre Reise nach Nesita fort, wo eine Jagd stattfindet, an der auch die diplomatischen Vertreter der Staaten der Kleinen Entente, Frankreichs und Englands teilnehmen.

Für Sonntag ist ein Besuch der Nesita-Werke und eine Besprechung der Ministerpräsidenten und des rumänischen Außenministers vorgesehen.

Neue Kommunistenverhaftungen in der Tschechoslowakei.

Reichenberg (Böhmen), 24. Dezember. Die Untersuchung der Umtriebe der kommunistischen Werber, die für die spanischen Bolschewisten arbeiten, hat zu weiteren Festnahmen geführt. In Königgrätz wurden Massenverhaftungen vorgenommen. Es wurden sowohl Funktionäre der Kommunistischen Partei als auch Personen festgenommen, die sich hatten anwerben lassen. In Göding wurde der leitende Sekretär der dortigen Kommunistischen Partei verhaftet.

Rekrutenanwerber für Spanien verhaftet.

Basel, 26. Dezember. Die Schweizerische Bundesanwaltschaft konnte durch die Neuenburger Kantonspolizei einen Tschechoslowaken aus Le Locle namens Frattiger verhaften, der systematisch junge Leute über die Grenze nach Frankreich beförderte, damit sie in Spanien in die Rote Front eingereiht würden. Frattiger ist Kommunist.

In einem kleinen Kaffee in Le Locle wurden die jungen Leute, vornehmlich aus dem deutschen Teil der Schweiz, von Anwerbern zusammengebracht, von Frattiger dann über die Grenze geschoben, wo sie wieder von französischen Kommunisten in Empfang genommen wurden. Im ganzen Gebiete des Doubs hatten diese einen solchen Empfangsdienst eingerichtet. Die französischen Kommunisten gaben die Mittel für die Weiterreise nach Spanien und vermittelten auch die für den Eintritt in die spanische Volksfront notwendigen Ausweispapiere. Die Zahl der von Frattiger über die Grenze Geschafften wird auf etwa 100 geschätzt.

Die Bundesanwaltschaft hat auch die Fäden in der Hand, die zu den anderen Zweigstellen der Zentralstelle und zur Zentralstelle für Spanientransporte selbst führen. Es steht, daß bereits acht Schweizer Kommunisten für Moskau in Spanien den Tod gefunden hätten.

Alcala Zamora zusammengebrochen.

Paris, 26. Dezember. Der ehemalige spanische Staatspräsident Alcala Zamora ist seelisch vollkommen zusammengebrochen, weil sich seine beiden jüngsten Söhne von Paris nach Barcelona begeben haben, um sich dort den bolschewistischen Behörden zur Verfügung zu stellen.

Zamora hat in einem offenen Brief an die Pariser Presse erklärt, daß seinen Söhnen, von denen der jüngste nach spanischem Gesetz noch minderjährig sei, vom Pariser roten spanischen Konsulat falsche Wässe ausgestellt worden seien, die ihnen nur die Einreise nach Spanien, nicht aber die Rückkehr nach Frankreich ermöglichten. Er habe sofort die französische Polizei verständigt, die die beiden Söhne aus dem Zug heraus verhaftet habe. Im Anschluß an gewisse Schritte der spanischen bolschewistischen Behörden in Frankreich seien sie aber gegen den Willen des Vaters als dem gesetzlichen Vertreter, zumindest seines minderjährigen Sohnes, wieder auf freien Fuß gesetzt worden, so daß sie die Ausreise hätten antreten können.

Unter Tränen erklärte der ehemalige spanische Staatspräsident einem Vertreter des Journal: „Ich suche den Schutz aller anständigen Menschen. Angesichts meines unendlichen Schmerzes und meiner Verzweiflung erscheint es mir unbedingt, daß nicht alle Franzosen mit mir einer Meinung sind."

Rote Brüder unter sich.

Salamanca, 27. Dezember. Im Zusammenhang mit einem von anarchistischer Seite durchgeführten Anschlag auf einen roten „Versorgungsagenten" in Madrid und der daraufhin erfolgten Verhaftung namhafter Anarchisten durch den roten Befehlshaber Miajas kam es vor dem Polizeikommissariat in Madrid, wo die Verhafteten untergebracht waren, zu schweren Ausschreitungen. Vor dem Gebäude hatten sich zahlreiche Anarchisten zusammengerottet, die die Freilassung ihrer Gesinnungsgenossen verlangten. Als die Polizei einschreiten wollte, entstand eine wilde Schießerei, bei der zahlreiche Personen verletzt wurden.

Spanisches Blei an Sowjetrußland verschachert.

Paris, 27. Dezember. Wie das Echo de Paris meldet, haben die bolschewistischen Machthaber von Valencia sämtliche Bleivorkommen der Provinzen Cartagena und Ciudad Real beschlagnahmt, um eine der Bestimmungen des kürzlich mit Sowjetrußland abgeschlossenen Handelsvertrages zu erfüllen. Im Austausch mit der dem roten Spanien gelesteten militärischen Hilfe soll sich Sowjetrußland nämlich die gesamte Bleierzeugung der unter roter Herrschaft stehenden Gebiete ausbedungen haben.

Der nationale Heeresbericht.

Salamanca, 27. Dezember. Der Heeresbericht des Obersten Befehlshabers in Salamanca meldet, daß die Truppen der 5. Division am Sonnabend bei Corbalan einen kommunistischen Angriff unter schweren gegnerischen Verlusten zurückgeschlagen haben.

Die Truppen der Südfront säuberten in den letzten Tagen das eroberte Gebiet und machten zahlreiche Gefangene, die der „Internationalen Brigade" angehörten.

Der Vertreter des nationalen Spaniens verläßt Mexiko.

Mexiko, 27. Dezember. Der hiesige Vertreter der spanischen Nationalregierung wird am 29. Dezember auf Wunsch der mexikanischen Regierung das Land verlassen.

De Valera über Irlands Wünsche.

Dublin, 26. Dezember. Am Heiligen Abend sprach der Präsident des irischen Freistaates, de Valera, über den Rundfunk nach Amerika. Er erklärte, daß politischem Gebiet seien nunmehr die Wünsche des irischen Freistaates erfüllt. Es sei klargestellt worden, daß die politischen Einrichtungen Irlands von jeder Andeutung einer Kontrolle von außen frei geworden seien. Im neuen Jahre werde Irland in der Lage sein, sich eine neue Verfassung zu geben. Der letzte Krieg sei in Irland vergessen. Es sei zu wünschen, daß in Europa der gleiche Geist einziehe, der die Völker Nord- und Südamerikas kürzlich zusammengebracht habe und der für einen dauerhaften Frieden sorge.

Ein bulgarischer Konsul in Addis Abeba.

Sofia, 26. Dezember. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, hat die bulgarische Regierung beschlossen, in Addis Abeba ein Konsulat einzurichten. Bulgarien besaß bisher in Addis Abeba weder eine Gesandtschaft noch auch eine konsularische Vertretung. Bei Beginn des italienisch-abessinischen Krieges hatte es die Wahrung seiner Interessen in Abessinien dem deutschen Gesandten übertragen.

Der Ausbau der ägyptischen Armee.

Kairo, 26. Dezember. Wie die Blätter melden, sehen die Pläne des Kriegsministeriums für den Ausbau der Militärfliegerei im Jahr des Schwur einer eigenen ägyptischen Armee einen Kredit von 300 000 Pfund vor. 12 bereits bestellte Jagdflugzeuge und 6 schwere Bomber erhöhen den Bestand der ägyptischen Militärfliegerei auf 50 Flugzeuge.

Auch die Armee, die sofort auf zunächst 20 000 Mann erhöht wird, soll vollständig umorganisiert und nach englischen Muster aufgebaut werden.

Für Ablehnung der indischen Verfassung.

London, 26. Dezember. Wie aus Faizpur in Indien berichtet wird, hat die indische Nationalistenpartei beschlossen, auf der am Sonntag beginnenden Tagung des indischen Nationalkongresses, an dem 30 000 Personen teilnehmen, eine Entschließung einzubringen, in der die neue indische Verfassung, der sogenannte Indienakt von 1935, in vollem Umfange abgelehnt und erklärt wird, daß diese dem Volke gegen seinen Willen auferlegt worden sei. Jede Zusammenarbeit unter dieser Verfassung sei ein Verrat am Freiheitskampf Indiens. Auch würde die Ausbeutung der indischen Massen, die hierdurch bereits in größte Armut geraten seien, weiter unterstützt.

Nationalrevolutionäres Hauptquartier ausgehoben.

Peiping, 26. Dezember. Wie aus Tientsin gemeldet wird, konnte die Gendarmerie am Donnerstag das Hauptquartier der nordostchinesischen nationalrevolutionären Armee, das unter der Leitung eines Bruders Tschanghsueliangs stand, ausheben. 17 Personen wurden verhaftet. Tschanghsueliangs Bruder war rechtzeitig gefloben. Aus den beschlagnahmten Dokumenten geht hervor, daß in Tsingtau 20 000 Mann irregulärer Truppen bereit waren, sich Tschanghsueliang anzuschließen.

Präsident Vargas an Bord der „Schlesien".

Rio de Janeiro, 26. Dezember. Der brasilianische Bundespräsident Vargas stattete im Begleitung des deutschen Botschafters dem im Hafen von Rio liegenden deutschen Linienschiff „Schlesien" einen Besuch ab.

Der amerikanische Journalist Arthur Brisbane †.

New York, 27. Dezember. Der bekannte amerikanische Journalist Arthur Brisbane, der seit 39 Jahren als Schriftsteller bei den Zeitungen des Hearst-Konzerns tätig war, ist im Alter von 72 Jahren gestorben.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.